Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 126 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 1. Juni 1932

Schlechte Aussichten.

Zweck hat es ja wirklich nicht mehr, nun immer wieder neue Zeitungsartikel oder sonstige Auslassungen des sehr bald auch zum offiziellen Leiter der französischen Außenpolitik aufsteigenden Herrn Edouard Herriot zu zitieren. Alles ist auf denselben Ton abgestimmt, ist immer nur eine Wiederholung des oft Gesagten, — und dieses Gesagte wie jener Ton sind unerfreulich für die Lausanner Konferenz im allgemeinen und für uns Deutsche insbesonders. Darum interessieren uns Deutsche heute auch kaum noch die innenpolitischen Schwierigkeiten Herriots, ob er nun zur Bildung einer festen Regierungskoalition mit der bürgerlichen Mitte oder mit den Sozialisten schreitet, oder ob er es vorzieht, eine Schaukelpolitik zu treiben, — in beiden Fällen wird er außenpolitisch die Verbindung nach rechts bis zu Tardieu hinüber suchen und finden. Aber es ist doch — im Kampf der Franzosen gegen eine wirkliche und radikale Streichung der deutschen Tribute — eine neue Waffe erschienen, die man selbst unter der Voraussetzung gebrauchen kann, daß Amerika auf eine Streichung der deutschen Tribute auch eine solche der interalliierten und der deutschen Schulden an die Vereinigten Staaten unmittelbar folgen lassen würde. Diese Waffe hat man in Paris übrigens schon im vergangenen Spätherbst geschmiedet, sie aber erst jetzt ordentlich benutzt, um damit den angeblichen Forderungen Englands auf völlige Streichung der Reparationen entgegenzuwirken, und zwar in einer Weise, die weder in London noch in Washington ohne Eindruck bleiben kann und — bleiben wird!

Wenn wir nämlich in Lausanne eine völlige Streichung der deutschen Tribute erleben würden und wenn sich Amerika seinen Kriegsschuldnern gegenüber zu gleicher Maßnahme entschlösse, dann gäbe es — so argumentiert man heute in Paris — ein Deutschland, das etwa 12 Milliarden Staatsschulden hätte, aber ein England mit 120 Milliarden Mark Schulden. Darauf würde und müßte sich in einigen Jahren eine weltwirtschaftliche Gleichgewichtsstörung insofern ergeben, als nach Überwindung der gegenwärtigen Kreditkrise sich das schuldenentlastete und daher steuerbegünstigte Deutschland mit Vehemenz auf die Weltabsatzmärkte stürzen und sie erobern würde, noch mehr als das heute überschuldete Deutschland es jetzt unter dem Zwang der Ausfuhrsteigerung tut. Allerdings guckt dann unter der „moralischen Verpflichtung zu Reparationen" der nicht mehr ganz unbekannte Pferdefuß des Versailler Friedens hervor, wonach die „Reparationen" tatsächlich zur wirtschaftspolitischen Niederhaltung Deutschlands bestimmt sind. Und nun verstehen wir, warum sowohl auf französischer wie leider auch auf englischer Seite immer wieder der Plan auftaucht, Deutschland zu einer künftigen Jahreszahlung von 400 bis 600 Millionen zu verpflichten, was — kapitalisiert — einer Verdoppelung unserer augenblicklichen Reichsschuld gleichkäme. Auch der kluge englische Völkerbundexperte Sir Arthur Salter, der in Genf und Basel hart mit den Franzosen zusammenstieß, macht jetzt einen derartigen Vorschlag.

Schwinden also schon von diesen beiden Seiten her die Aussichten, in Lausanne zu einer wirklichen Endlösung zu kommen, erheben sich weiter schon jetzt auch erhebliche Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der Bank von Frankreich, in die Verlängerung des unserer Reichsbank gewährten und am 4. Juni fälligen Gold-Kredits von 90 Millionen Dollar unbedingt einzuwilligen, so scheinen auch die letzten Versuche Macdonalds gescheitert zu sein, aus Lausanne mehr als nur eine Reparationskonferenz der europäischen Gläubigermächte und Deutschlands zu machen, sie zu einer wirklichen Weltwirtschaftskonferenz zu gestalten. Denn Amerika hat, trotz eifrigster Bemühungen des englischen Ministerpräsidenten, es rundweg abgelehnt, nach Lausanne zu kommen. Amerika will nach wie vor erst einmal ein Programm sehen, das, wie der bekannte Senator Borah sagte, „das Schuldenstreichen unsererseits zu einem intelligenten Akt oder zu einem Akt der wirklichen Weltverbesserung machen würde".

Es gehört nicht viel Pessimismus dazu, um schon heute die Befürchtung auszusprechen, daß es in Lausanne nicht zu einer Einigung auf ein solches „intelligentes" Programm kommen wird.

Lausanner Konferenz muß stattfinden.

Wegen Ablauf des Hoover-Moratoriums.

In Pariser politischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß die Lausanner Konferenz in Anbetracht der deutschen Regierungskrise vertagt werden könnte. Allerdings wird diese Auffassung in diplomatischen französischen Kreisen nicht geteilt. Man erklärt im Gegenteil, daß alle an der Konferenz interessierten Mächte sich mit dem Zeitpunkt des 16. Juni einverstanden erklärt hätten.

Es könne auch schon keine Vertagung stattfinden, da das Hoover-Moratorium am 1. Juli ablaufe. Die Regierungen seien daher gezwungen, vor diesem Zeitpunkt eine Einigung zu treffen.

Die deutsche Kabinettskrise könne sich ebensowenig wie die französische auf die Lausanner Konferenz auswirken.

Regierung der nationalen Konzentration

Herr v. Papen mit der Regierungsbildung beauftragt

Ohne neue Steuern.

Die Aufgaben der neuen Reichsregierung.

Reichspräsident von Hindenburg setzte seine Empfänge der Partei- und Fraktionsführer fort. Er empfing nacheinander als Vertreter des Zentrums Prälat Dr. Kaas und Dr. Perlitius, als Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei Geheimrat Hugenberg und Landrat a. D. von Winterfeld, von der Volkspartei Dingeldey und von der Wirtschaftspartei die Abgeordneten Drewitz und Mollath. Mit dem Besuch aller noch weiteren Fraktionsführer der bürgerlichen Parteien schlossen dann die Empfänge beim Reichspräsidenten ab.

Über das Ergebnis der Unterredungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Fraktionsführern wird amtlicherseits strengstes Stillschweigen bewahrt. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, kann

die Haltung der Nationalsozialisten

gegenüber der Neubildung des Reichskabinetts auf der vom Reichspräsidenten angestrebten Grundlage dahin gekennzeichnet werden, daß die Partei an der geplanten Neubildung uninteressiert ist. Das nationalsozialistische Ziel sind nach wie vor

möglichst baldige Neuwahlen im Reich.

Die Nationalsozialisten würden aber je nachdem, wie die Regierungsbildung ausfällt, das neue Kabinett unter Umständen vorläufig tolerieren.

Bei der Unterhaltung zwischen Hitler und Hindenburg

soll sich der Reichspräsident nicht abgeneigt gezeigt haben, einer neuen Reichsregierung die Ermächtigung zur Reichstagsauflösung zu geben. Im übrigen habe Hitler erklärt, daß für die Nationalsozialisten keine Regierung, wie sie auch immer aussehen möge, erträglich sein werde, die den Charakter einer Kompromißregierung hätte. Andererseits aber seien die Nationalsozialisten jederzeit bereit, nicht nur die Regierung, sondern die volle Verantwortung zu übernehmen, immer allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag neu gewählt werde. In nationalsozialistischen Kreisen denkt man sich die weitere Entwicklung so, daß zunächst ein Kabinett unter nationalsozialistischer Führung und unter Beteiligung der Deutschnationalen, vielleicht auch der Deutschen Volkspartei gebildet werde, das mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag trete und diesen dann auflöse. Die Einberufung des Reichstages müsse dann allerdings so verzögert werden, daß die Neuwahlen erst nach der Ernte, also Mitte September, vorgenommen würden.

Die

Haltung des Zentrums

ist nach dem Ausscheiden Brünings, der sich an der Neubildung des Kabinetts auf keinen Fall beteiligen wird, zwar nicht direkt ablehnend; es will seine Haltung von der Person des neuen Kanzlers abhängig machen. Die Möglichkeit von baldigen Neuwahlen rückt bei dieser Haltung der Parteien aber stärker in den Vordergrund. Auch

die Deutschnationalen

dürften ihre Haltung von der Person des kommenden Kanzlers abhängig machen. Die kleineren Mittelparteien, soweit ihre Führer bisher vom Reichspräsidenten empfangen worden sind, dürften der geplanten Neubildung loyal gegenüberstehen.

Es tauchen immer neue Namen auf von Männern, die der neuen Reichsregierung angehören sollen, die zunächst als ein Übergangskabinett gedacht ist, das die Regierungsgeschäfte bis zu den Neuwahlen führen soll. Die Person des Reichskanzlers steht noch nicht genau fest. Neuerdings tauchen Namen des rechtsstehenden Zentrumspolitikers von Papen und des Herrn von Westarp auf. Als Reichsernährungsminister ist Graf Kalckreuth, als Wirtschaftsminister v. Knebel in Aussicht genommen. Ob Freiherr v. Gayl das Innenministerium oder ein anderes Ressort übernehmen wird, ist noch nicht bestimmt. An seiner Stelle wird auch Edler v. Braun für das Ressort des Innern genannt.

Die Namen v. Schleicher, Freiherr v. Neurath und Graf Schwerin dürften außer Zweifel stehen.

Die neue Regierung soll übrigens versuchen, ohne Notverordnungen zu regieren, keine neuen Steuern zu verhängen und auch die Prämienanleihe nicht aufzulegen. Sie steht da vor einer sehr schwierigen Aufgabe, da die vom alten Kabinett vorgesehenen Maßregeln die Deckung von rund 800 Millionen bezweckten.

In politischen Kreisen herrscht allgemein die Ansicht vor, daß dem Reichspräsidenten die Bildung des neuen Kabinetts in der von ihm für notwendig gehaltenen kurzen Frist gelingen wird.

Herr von Papen nimmt an.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing heute abend Herrn von Papen und erteilte ihm den Auftrag zur Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration.

Herr von Papen hat diesen Auftrag angenommen.

*

Franz von Papen wurde am 29. Oktober 1879 in Werl (Westfalen) geboren und war ursprünglich Offizier im Düsseldorfer 5. Ulanenregiment. Seit 1911 im Großen Generalstab verwendet, war er während des Krieges Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Washington, wo ihm vorgeworfen wurde, daß er verschiedene Attentate gegen amerikanische Munitionsfabriken in Szene gesetzt habe.

Nach dem Kriege nahm er den Abschied und wurde 1921 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den Preußischen Landtag gewählt, wo er zum rechten Flügel des Zentrums gehörte. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender und Besitzer eines großen Aktienpaktes des Berliner Zentrumsorganes Germania. Er wohnt in Haus Merfeld bei Dülmen (Westfalen).

Reichstag wünscht Regierungserklärung zu hören

Präsident zur Einberufung ermächtigt.

Der Ältestenrat des Reichstages hat in seiner Sitzung mit Mehrheit den Präsidenten des Reichstages ermächtigt, den Reichstag sofort telegraphisch einzuberufen, sobald eine neue Regierung gebildet ist und diese ihre Bereitschaft zur Abgabe einer Regierungserklärung bekundet.

Sollte sich die Abgabe einer Regierungserklärung über Erwarten lange hinausziehen, so soll der Reichstagspräsident den Ältestenrat nochmals zusammenrufen.

*

Die Ministerliste von Papens.

Herr von Papen hat für die verschiedenen Ministerien folgende Persönlichkeiten in Aussicht genommen: Inneres: Freiherr von Gayl; Äußeres: Botschafter von Neurath; Reichswehr: General von Schleicher; Wirtschaft: Warmbold; Arbeit: Goerdeler; Landwirtschaft: von Lüninck; Post: Schätzel.

Unbesetzt sind nach dieser Ministerliste noch das Finanzministerium, das Justizministerium und das Verkehrsministerium.

Her von Papen wird die in Frage kommenden Persönlichkeiten im Laufe des morgigen Tages befragen, ob sie bereit sind, die angetragenen Ämter zu übernehmen.

Wie verlautet, wird der neue Reichskanzler, Herr von Papen, aus der Zentrumspartei ausscheiden.

*

Die neuen Kabinettsmitglieder.

Wilhelm Freiherr von Gayl,

der im 53. Lebensjahr steht, entstammt einer alten preußischen Offiziersfamilie. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften war er zunächst in der preußischen Verwaltung tätig und übernahm im Jahre 1909 die Leitung der Ostpreußischen Landgesellschaft, eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens für die Provinz Ostpreußen. Im Kriege, an dem er aktiv teilnahm, wurde er im Jahre 1916 Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost. Nach dem Umsturz organisierte er vom Januar 1919 ab den Schutz Ostpreußens gegen die Bolschewisten. Im Jahre 1920 führte er als Reichs- und Staatskommissar die Abstimmung im ostpreußischen Abstimmungsgebiet durch. Seit 1921 ist er Mitglied des Preußischen Staatsrats und Bevollmächtigter Ostpreußens im Reichsrat. Er ist Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, hat aber weder Parteiämter übernommen, noch sich an der Agitation beteiligt.

Freiherr Konstantin von Neurath,

der am 2. Februar 1873 geboren wurde, trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften in den Konsulardienst ein und war in den Kriegsjahren Botschaftsrat in Konstantinopel. Im Jahre 1917 erfolgte seine Berufung zum Kabinettschef des Königs von Württemberg. Im Jahre 1919 trat er wieder in den diplomatischen Dienst ein und ging zunächst als Gesandter nach Kopenhagen. Von 1922 bis zum Mai 1930 war von Neurath Botschafter am Quirinal in Rom. Dann übernahm er das Botschafteramt in London, das er bis zum heutigen Tage bekleidete.

Generalleutnant von Schleicher,

der vor wenigen Wochen das 50. Lebensjahr vollendete, begann seine militärische Laufbahn im Kadettenkorps und wurde im Kriege vor allem im Generalstab verwendet. Nach dem Kriege zur Reichswehr übernommen, wurde er im Jahre 1924 zum Oberstleutnant befördert und am 1. Februar 1926 zum Abteilungsleiter im Reichswehrministerium ernannt. Mit dem 1. April 1929 übernahm er als Chef das neugebildete Ministeramt im Reichswehrministerium und wurde kurze Zeit darauf zum Generalleutnant befördert.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF